Zeitschrift: Verwaltungsbericht des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Gerichtsbehörden für das Jahr ... = Rapport de gestion du Conseil-exécutif, de l'administration cantonale et des autorités judiciaires pendant l'année ...

Herausgeber: Staatskanzlei des Kantons Bern

Band: - (2000)

Heft: [1]: Verwaltungsbericht : Berichtsteil

Artikel: Geschäftsbericht der Universität Bern

Autor: Schäublin, Christoph

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-418390

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

1. Geschäftsbericht der Universität Bern

Rektor: Prof. Dr. Christoph Schäublin

1.1 Schwerpunkte der Tätigkeit

Das Berichtsjahr stand erstmals im Zeichen der Verwirklichung des Leitbilds, das die Universität sich gegeben hat. In der Lehre erbringen gegenwärtig sämtliche Fakultäten grosse Anstrengungen, ihre Studiengänge so zu reformieren, dass eine solide, attraktive Grundausbildung innerhalb vertretbarer Fristen erreicht werden kann. Indes, nachdem die Eidgenossenschaft der sog. «Bologna Declaration» zugestimmt hat – diese verkündet die Vision eines «europäischen Bildungsraums» – hat sich die Notwendigkeit ergeben, die Anlage der noch kaum erprobten Curricula schon wieder grundsätzlich zu überdenken. Mit der freiwilligen Einführung eines Kreditsystems ist die Universität Bern der «Declaration» zwar zuvorgekommen; hingegen wird noch sehr genau geprüft werden müssen, ob bzw. unter welchen Bedingungen der geforderte Erstabschluss nach drei Jahren sich mit den geltenden und bewährten Studienkonzepten vereinbaren lässt. Die Medizinische Fakultät – von der «Declaration» vermutlich nicht betroffen – wird ihrerseits darauf zu achten haben, dass ihr viel versprechendes Reformcurriculum nationale und internationale Anerkennung gewinnt.

Auf nationaler Ebene beginnen sich die Auswirkungen des von den Eidgenössischen Räten im Herbst 1999 beschlossenen «Universitätsförderungsgesetzes» bemerkbar zu machen. Die Umstellung auf eine leistungssorientierte Subventionierung durch den Bund erfolgt schrittweise in vier Etappen und die Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung steht noch bevor. Nicht ohne Bedenken blickt man dem Umstand entgegen, dass Forschung und Lehre, deren Einheit doch zu den tragenden Ideen einer Universität gehört, künftig getrennt ausgewiesen werden sollen. Mit aller Deutlichkeit macht sich hingegen bereits jetzt die Aufteilung der Bundessubventionen in mehr oder weniger feste und in projektbezogene Beiträge geltend. Da Letztere in einem Wettbewerbsverfahren vergeben werden, sind die Universitäten gezwungen, sie sorgfältig in ihre Planungen einzubeziehen und insbesondere für die Bereitstellung der ihnen auferlegten Eigenmittel besorgt zu sein.

Im Bereich der kantonalen Zuständigkeit anerkennt die Universitätsleitung dankbar die stete Gesprächsbereitschaft des Regierungsrates und dessen Verständnis für die Anliegen der Universität. Zu reden gab die Umsetzung der vom Regierungsrat im Sommer 1999 beschlossenen Sparmassnahmen. Für Teile der Universität sehr schmerzlich auswirken wird sich die Kündigung der Mitgliedschaft der Conférence des Universités Suisses Occidentales CUSO. Der Vollzug der den Botanischen Garten betreffenden Massnahme wurde um ein Jahr hinausgeschoben – in der Hoffnung, es werde gelingen, die benötigten Mittel aus privaten Quellen zu beschaffen. Bezüglich der 4 Mio. Franken, die durch die «Schliessung von Instituten und/oder Studiengängen» eingespart werden sollen, steht ein definitiver Entscheid noch aus.

Intensiv wurden zwischen dem Regierungsrat und der Universitätsleitung gewisse langfristige Entwicklungen diskutiert. Mit Blick auf eine stabile Planung erachteten beide Seiten die Prüfung der folgenden Fragen als vordringlich: Einführung eines Globalbudgets, Verbindlichkeitserklärung des Finanzplans durch den Grossen Rat, Änderung der gesetzlichen Grundlagen mit dem Ziel, die Universität vom Jährlichkeitsprinzip zu entbinden.

Zurzeit ist an der Universität Bern eine grosse personelle Erneuerung im Gange. Mit Genugtuung darf vermerkt werden, dass es im vergangenen Jahr gelungen ist, einige Professorinnen zu berufen und damit den Frauenanteil deutlich zu erhöhen. Anderseits geben gescheiterte Ernennungen zu gewissen Sorgen Anlass. Vermehrt wird man jedenfalls überlegen müssen, mit welchen Mitteln die Universität Bern ihre Attraktivität zu sichern vermag.

Die Implementierung des Universitätsgesetzes vom 5. September 1996 ist erneut einen wesentlichen Schritt vorangekommen. Einen Meilenstein bedeutet der Umstand, dass vom Regierungsrat die «Ziele und Vorgaben» beschlossen worden sind: sowohl diejenigen für die Gesamtuniversität als auch diejenigen für die einzelnen Fakultäten – mit Ausnahme derjenigen für die Medizinische Fakultät (hier besteht noch Klärungsbedarf bezüglich des Verhältnisses zur Universitätsklinik). Diese Beschlüsse haben auch den Prozess der Portfolio-Analyse zu einem gesamthaft doch wohl befriedigenden Ende gebracht. Die «Ziele und Vorgaben» sind ferner deswegen von Bedeutung, weil durch sie eine wesentliche Voraussetzung geschaffen worden ist für den Abschluss der «Leistungsvereinbarung» zwischen dem Kanton Bern und seiner Universität. Der Beschluss des Grossen Rates, das Von-Roll-Areal zu kaufen, eröffnet der Universität neue Perspektiven für ihre Raumplanung.

Eine eigene Erwähnung verdienen die folgenden Senatsbeschlüsse. Der Senat hat dem Regierungsrat für die Amtsperiode 2001 bis 2005 drei Mitglieder der Universitätsleitung zur Wahl vorgeschlagen: Prof. Dr. Chr. Schäublin (bisher) als Rektor, ferner Prof. Dr. U. Würgler (bisher) und Prof. Dr. G. Walter (neu) als Vizerektoren. Der Regierungsrat ist diesen Anträgen gefolgt. Überdies hat er – im Vorfeld der Eidgenössischen Volksabstimmung – die Universitätsleitung beauftragt, sich namens der Universität Bern öffentlich für die Annahme der bilateralen Verträge mit der EU auszusprechen.

Mit einer sorgfältigen Planung will sich die Universität in die Lage versetzen, im Herbst 2001 gleichzeitig zwei Maturitätsjahrgänge auf angemessene Art und Weise zu empfangen. Sie ist überzeugt, ihren Vorsatz verwirklichen zu können, nachdem der Regierungsrat beschlossen hat, ihr über sechs Jahre verteilt beträchtliche Sondermittel zur Verfügung zu stellen. Die für Planungsfragen Verantwortlichen waren überdies mit der Berner Beteiligung an zwei Bundesprogrammen befasst. Noch sind nicht alle Entscheidungen gefallen, doch lassen sich die bisher vorliegenden Ergebnisse durchaus sehen: Im «Virtuellen Campus Schweiz» wird die Universität Bern zwei Mal die Rolle eines «leading house» übernehmen, ferner an einer Vielzahl von Projekten mitwirken. Und im Wettbewerb um die Nationalen Forschungsschwerpunkte stammen von den 18 Projekten, welche die Endrunde erreicht haben, drei aus der Universität Bern. Mit der langfristigen Planung haben auch verschiedene Kooperationsprojekte zu tun. Erwähnt seien hier die Zusammenführung der Veterinär-medizinischen Fakultät mit ihrer Schwesterfakultät in Zürich und die Zusammenarbeit mit den Universitäten Fribourg und Neuchâtel (BENEFRI). Im Übrigen hat sich BENEFRI beim Bund um einen angemessenen Teil jener Sondermittel beworben, mit denen ab dem Jahr 2001 auf Dauer angelegte Kooperationen gefördert werden sollen.

* Gemäss Artikel 106 der Universitätsverordnung bezieht sich der Geschäftsbericht hinsichtlich der Finanz- und Leistungskennzahlen auf das Kalenderjahr (2000), hinsichtlich der akademischen Belange auf das Akademische Jahr (1. 9. 1999 bis 31. 8. 2000).

1.2 Berichte der Fakultäten und weiterer Organisationseinheiten

1.2.1 Evangelisch-theologische Fakultät

Aktuelle Situation: Herr Prof. Dr. Samuel Vollenweider hat per Ende Sommersemester 2000 demissioniert. Die Fakultät hat den Strukturbericht für das Ordinariat Neues Testament verabschiedet und weitergeleitet.
Schwerpunkte der Tätigkeit: Nach Inkraftsetzung des neuen Studien- und Prüfungsreglements war die Fakultät mit der Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen befasst. Insbesondere hat sie eine neue Wegleitung, einen Studienplan mit Anrechnung der Studienleistungen nach ECTS-Punkten sowie ein Reglement für das Haupt- und Nebenfachstudium Theologie verfasst. In der Folge hat sie auch das neue «Reglement über die Organisation der Evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Bern» verabschiedet.
Studienverhältnisse/Studienplatzangebot: Auch im Zusammenhang mit dem neuen Studien- und Prüfungsreglement wurde von der neuen Prüfungsleitung zur besseren Verständigung eine Informationsmappe zum Theologiestudium erarbeitet, die Studienanfängerinnen und -anfängern ab Herbst 2000 überreicht werden kann.
Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Herr Prof. Dr. Samuel Vollenweider arbeitete vom 10. April bis 20. Mai 2000 als Gastdozent an der Theologischen Fakultät der Kwansei Gakuin-Universität in Nishinomiya-Kobe (Japan), mit welcher die Evangelisch-theologische Fakultät der Universität Bern seit über fünf Jahren ein Kooperationsabkommen pflegt. Im Rahmen eines weiteren Kooperationsabkommens führte die Fakultät mit der orthodoxen und mit der protestantischen theologischen Fakultät in Sibiu (Rumänien) eine hochschuldidaktische Woche durch. Im Rahmen des Dozentenaustauschs Bern-Helsinki weilte Dozent Dr. Martti Nissinnen in Bern.
Nachwuchsförderung: Nachwuchsförderungsprogramm des Bundes: Die per 1. Oktober 2000 ausgeschriebene, auf zwei Jahre befristete Oberassistenz im Bereich Bibelwissenschaft/Altes Testament konnte mit Frau Regine Hunziker besetzt werden.
Qualitätssicherung: Die Fakultät hat für die Erfassung der Ergebnisse von Evaluationen eine fakultätsinterne Kommission eingesetzt, welche die Institute berät.
Strategische Fakultätsplanung: Die BENEFRI-Fachkonvention «Kulturgeschichte des vorislamischen Palästina» ist von allen Partnern unterzeichnet worden, diejenige im Bereich «Kirchenrecht und Staatskirchenrecht» soll auf Wintersemester 2000/2001 in Kraft gesetzt werden. Die Fakultät kooperiert neben den BENEFRI-Partnern auch mit der Theologischen Fakultät der Universität Zürich.
Besondere Ereignisse: Aus Anlass des 70. Geburtstages von Herrn Prof. Dr. Theophil Müller führte die Fakultät ein Symposium zum Thema «Gottesdienst in einer pluralistischen Welt» durch. Ebenfalls zum 70. Geburtstag konnte die Fakultät Herrn Prof. Dr. Klaus Wegenast eine Festschrift überreichen.

1.2.2 Christkatholisch-theologische Fakultät

Aktuelle Situation: Im Berichtsjahr waren die ordentliche Professur für Systematische Theologie und Liturgik (Prof. Dr. H. Aldenhoven) und die von einem Gastprofessor wahrgenommene nebenamtliche Professur für Ökumenische Theologie unter Berücksichtigung der Alten und der Orthodoxen Kirche (Prof. Dr. A. Kallis) neu zu besetzen. Dabei kam es zu einer Modifikation der Fächerverteilung. Zum neuen ordentlichen Professor für Systematische Theologie (insbesondere Dogmatik) und Ökumenische Theologie wurde auf Beginn des WS 2000/2001 Prof. Dr. Martien Parmentier (Holland) ernannt. Im Weiteren wurde, ebenfalls auf Beginn des WS 2000/2001, Pfarrer Dr. Harald Rein zum Dozenten für Pastoraltheologie ernannt. Für das Fach Liturgiewissenschaft muss noch eine Lösung gefunden werden. An die Stelle der fünf Seminare, in welche die Fakultät bisher eingeteilt war, traten zwei Abteilungen, denen je einer der ordentlichen Professoren vorsteht. Die Fakultät konnte im November ihr 125-jähriges Bestehen mit einem gut besuchten internationalen wissenschaftlichen Symposion begehen. Sorgen bereiteten die danach bekannt gewordenen Pläne der Regierung, die Eigenständigkeit der Fakultät aufzuheben.
Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Mit der (orthodoxen) Theologischen Fakultät der St. Kliment-Ohridski-Universität Sofia wurde eine Vereinbarung über wissenschaftliche Zusammenarbeit abgeschlossen. Doktoranden aus Sibiu (Hermannstadt) verbrachten im Rahmen eines Viererabkommens der theologischen Fakultäten von Bern und Sibiu wiederum kürzere Studienaufenthalte in Bern.
Nachwuchsförderung: Nachwuchsförderung ist wegen fehlender Mittel nach wie vor nicht möglich.

1.2.3 Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

Aktuelle Situation: Im Rahmen der Portfolio-Analyse hat der Regierungsrat dem Grossen Rat beantragt, die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät RWW in eine Rechtswissenschaftliche und eine Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät aufzuspalten. Der Grosse Rat wird abschliessend entscheiden. Ebenfalls im Rahmen der Portfolio-Analyse wurde das Jus-Studium neu konzipiert. In der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung wurden ausserdem die Ressourcen teilweise neu verteilt. Im Bereich Lehrstuhlnachfolgen wird die Fakultät in den nächsten Jahren etliche Ernennungsverfahren durchzustehen haben. Die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät ist weiterhin extrem platzknapp. Dies gilt insbesondere für die Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung.
Schwerpunkte der Tätigkeit: Beide Abteilungen der RWW-Fakultät haben ihre Studien- und Prüfungsreglemente in diesem akademischen Jahr reformiert. An der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung mussten sämtliche Reglemente angepasst und modernisiert werden. Es galt in Richtung Europa-Tauglichkeit das European Credit Transfer System ECTS zu verwirklichen und weitere Anpassungen vorzunehmen, damit die Studienzeit verkürzt werden kann. In der Unterabteilung Betriebswirtschaftslehre BWL ist bereits eine weitere Reglementskommission tätig, die in einer weiteren Anpassung die Idee des Master-Studiums verwirklichen möchte, womit das Berner BWL-Studium «Bologna-konform» würde. Sämtliche Reglementsreformen wurden durch die Fakultät im Laufe des Sommersemesters 2000 verabschiedet. Sie wurden im Berichtsjahr noch nicht in Kraft gesetzt.
Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Mit 2868 Studierenden im WS 1999/2000 ist die Gesamtzahl der Studierenden der RWW-Fakultät gegenüber dem Vorjahr (2889) leicht zurückgegangen, wobei sie immer noch an der Spitze aller Fakultäten der Uni Bern steht. Im Bereich der Wirtschaftswissenschaften hat sie gegenüber dem Vorjahr sogar noch einmal um 130 zugenommen. In der Betriebswirtschaftslehre ist die Situation besonders problematisch, hat sich dort doch das Betreuungsverhältnis mit 910 Hauptfachstudierenden (+265 im Nebenfach) und sieben Lehrstühlen noch einmal verschlechtert.
Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Auf nationaler Ebene ist die Zusammenarbeit mit den beiden BENEFRI-Universitäten Neuenburg und Freiburg hervorzuheben. Die Fakultät hat eine neue Fachbereichskonvention im Kirchenrecht verabschiedet. Eine weitere Konvention im Bereich Steuerrecht ist geplant. Die Idee der Kompetenzzentren an den einzelnen Fakultäten der drei Universitäten ist bestechend und müsste noch mehr genutzt werden.
Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Beide Abteilungen der RWW-Fakultät streben eine Erhöhung des Frauenanteils auf allen universitären Ebenen an. Bei Berufungsverfahren ist

leider der Anteil der Bewerberinnen immer noch gering. Dies könnte sich in der nächsten Zeit ändern, da etliche Habilitationsprojekte von Frauen hängig sind. Im Bereich der Dissertationen war der Frauenanteil immer noch relativ gering, in der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung lag er in den vergangenen drei Jahren leicht über 20 Prozent, in der Juristischen Abteilung leider deutlich unter 20 Prozent. Die Zahl der Assistentinnen hingegen ist an der Juristischen Abteilung zunehmend und hat die Hälfte aller Assistenzstellen überschritten. An der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung liegt die Zahl der Assistentinnen unter einem Drittel.
Strategische Fakultätsplanung: Nach wie vor steht die RWW-Fakultät vor der Aufgabe, mit knappen Ressourcen eine immer grössere Zahl von Studierenden auszubilden. Die Fakultät ist sehr dankbar dafür, seit einigen Jahren in grosszügiger Weise von der Zuweisung zusätzlicher Personalpunkte aus dem Universitätspool profitieren zu dürfen. Die Fakultätsleitung erarbeitet zurzeit mit Fachvertretern der verschiedenen Unterabteilungen einen Massnahmenplan zur Bewältigung des doppelten Maturjahrgangs.
Schlussfolgerungen und Perspektiven: Die wichtigste Aufgabe der RWW-Fakultät im Bereich der Lehre in den nächsten Jahren wird sein, mit den vorhandenen Mitteln die Qualität der Ausbildung unserer Absolventinnen und Absolventen zu Gewähr leisten und den Studienplatz Bern weiterhin attraktiv zu gestalten.

1.2.4 Medizinische Fakultät

Aktuelle Situation: Im Berichtsjahr absolvierten erstmals alle Studierenden der beiden ersten Studienjahre das reformierte Curriculum. Im Herbst 1999 sind 154 Studierende in das erste Jahr eingetreten. 10 haben das Studium abgebrochen, von den verbliebenen 144 haben 127 (88%) das Jahr erfolgreich abgeschlossen. Diese Erfolgsquote ist deutlich höher als diejenige früherer Jahre. Es ist nach dieser erstmaligen Erfahrung verfrüht, Erklärungen abzugeben. Immerhin entspricht eine geringe Durchfallquote dem Ziel, dank dem Numerus clausus und dem entsprechenden Eignungstest möglichst geeignete Studierende aufzunehmen.
Schwerpunkte der Tätigkeit: Im Berichtsjahr sind die Resultate der Pilot-Akkreditierung unserer Fakultät bekannt geworden. Als sehr positiv wurde unter anderem das Reformcurriculum der ersten zwei Jahre bezeichnet, wobei die Zusammenarbeit mit der Phil.-nat. Fakultät als beispielhaft hervorgehoben wurde. Mehrere Schwächen wurden erwähnt, beispielsweise der ungenügende Computergestützte Unterricht oder der zu geringe Einfluss der Fakultät auf die Gestaltung des Universitätsspitals. Viele Gegenmassnahmen wurden bereits ergriffen. Z.B. ist festzuhalten, dass jetzt vier Projekte, an denen Institutionen unserer Fakultät beteiligt sind, in das Bundesprogramm «Virtual Campus Schweiz» aufgenommen worden sind. Die Arbeiten für die Reformierung des dritten Studienjahres sind schon weit gediehen, die Planung der Reform des vierten bis sechsten Studienjahres ist angelaufen.
Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Forschung auf universitärer Ebene ist naturgemäss breit gefächert. Innerhalb einzelner Disziplinen sind quer durch die Fakultät internationale Erfolge zu verzeichnen. Nationale und internationale Zusammenarbeit ist unabdingbar. Von Bedeutung ist neben der Kreativität und Begeisterung des Einzelnen die Koordination und Unterstützung der klinischen Forschung durch das fakultäre Departement für Klinische Forschung. Dieses hat auf Grund der bisherigen Erfahrungen eine neue Leitungsstruktur erhalten.
Nachwuchsförderung: Auf fakultärer Ebene ist die Nachwuchsförderung unbefriedigend. Innerhalb der einzelnen Fächer/Institutionen sind erfreuliche Bestrebungen festzustellen, allerdings in unterschiedlichem Mass. Durch die Umwandlung der Habilitationskommission in eine Beförderungs- und Habilitationskommission mit erweiterten Aufgaben ist es immerhin möglich geworden, die Nachwuchsförderungs-Anstrengungen der einzelnen Institutionen zu erfassen und einen Quervergleich anzustellen. Diesen Anstrengungen stehen der zunehmende Spardruck mit entsprechend ansteigender Belastung durch die Dienstleistung sowie die Passivität politischer Gremien entgegen.
Strategische Fakultätsplanung: Die neuen Anforderungen an die Fakultät (vermehrter Unterricht in Hausarztmedizin, Schaffung eines Ordinariates Geriatrie, Einbau der Gesundheitsökonomie in das neue Konzept des Institutes für Sozial- und Präventivmedizin) können möglicherweise nicht befriedigt werden. Auch ist es wegen der Verkoppelung Fakultät/Universitätsspital für die Fakultät äusserst schwierig, sich ein genaueres Bild über den Einsatz der Mittel für Forschung und Lehre zu machen. Hier sollte sich die Situation allerdings deutlich bessern: Die Medizinische Fakultät arbeitet zurzeit unter Mitwirkung der Universitäts- und der Spitalleitung Leistungsaufträge für die einzelnen Institutionen aus. Diese werden es ermöglichen, die effektiv benötigten Mittel und deren genaue Zuteilung zu kennen.
Schlussfolgerungen und Perspektiven: Die vordergründigste und im aktuellen Umfeld schwierigste Aufgabe der Fakultät ist es, Perspektiven zu schaffen, damit das Ergreifen einer akademischen Karriere für die Studierenden, die jungen Ärztinnen und Ärzte wieder attraktiv wird. Dazu sind Selbstkritik, Bereitschaft zu Veränderungen und zu Solidarität, aber auch Unterstützung durch Universitätsleitung und politische Behörden notwendig.

1.2.5 Veterinär-medizinische Fakultät

Aktuelle Situation: Die aktuelle Situation der Fakultät ist durch Strukturänderungen gekennzeichnet. Auf den 1. März 2000 wurde in Umsetzung unseres strategischen Planes und des Zielportfolios das Departement für Klinische Veterinärmedizin eingerichtet, in dem sämtliche Kliniken unter der Direktion von Prof. Dr. Marc Vandevelde zusammengeschlossen sind.
Schwerpunkte der Tätigkeit: Die Lehre befindet sich im Umbruch. Auf den 1. November 1999 ist die Verordnung über die Erprobung eines besonderen Ausbildungs- und Prüfungsmodells an der Veterinär-medizinischen Fakultät der Universität Bern in Kraft getreten, nach der mit einem neuen, grundlegend veränderten Curriculum das akademische Jahr 1999/2000 begonnen werden konnte. Das war erforderlich, nachdem infolge der Einführung der Studienreform an der Medizinischen Fakultät dort die Studierenden der Veterinärmedizin ihren bisher angestammten Platz verloren hatten. Es gilt nun, den nicht zu unterschätzenden Aufwand für die parallele Durchführung des konventionellen und des neuen Studienplanes während einer Übergangsphase zu bewältigen.
Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Mit der Einführung des neuen Studienganges musste wegen der hohen Zahl an Bewerbungen erstmals in der Geschichte der Fakultät gleichzeitig eine Studienplatzbegrenzung auf der Basis eines Eignungstestes eingeführt werden. In nächster Zeit ist keine Änderung der Studiensituation zu erwarten. Die neuen Unterrichtsformen erfordern eine Anpassung der Räumlichkeiten. Der Umbau des Anatomiegebäudes in ein Lernzentrum mit angepasster Bibliothek ist im Gang.
Qualitätssicherung: Ständig wird eine Evaluation der Dienstleistungen und der Forschung vorgenommen. Im Rahmen von Akkreditierungsprozessen führen diverse Institute laufend qualitätssichernde und qualitätsverbessernde Audits durch. Die Lehre wird durch einen grossen Teil der Dozierenden mittels eines semi-standardisierten Fragebogens evaluiert. Die Auswertung erfolgt noch individuell. Geplant ist das Einschleusen der einzelnen Evaluationsergebnisse in einen qualitätsverbessernden Steuerungsprozess auf Fakultätsebene.

1.2.6 Philosphisch-historische Fakultät

Aktuelle Situation: Die Philosophisch-historische Fakultät hat im Studienjahr 1999/2000 eine Reihe von einschneidenden Verände-

rungen in der Organisation der Lehre und Verwaltung vollzogen. Zum 1. September 1999 traten das neu erarbeitete Studien- und Prüfungsreglement der Fakultät sowie die darauf aufbauenden Studienpläne der 19 Institute der Fakultät in Kraft. Dies bedeutete die Einführung des European Credit Transfer-Systems, das den Ex- und Import von Studienleistungen erleichtert; ferner die Etablierung eines Studienplans mit genau gegliederten Phasen, die den Studierenden aller Fächer ein strukturiertes Studium und damit die Möglichkeit zu schnelleren Abschlüssen bietet. Gleichzeitig wurde eine weit gehende Organisation der Institute in Departemente vorgenommen, die von Sinneinheiten innerhalb des Fächerkatalogs dieser Fakultät ausgehen und dadurch die Neigung zur interdisziplinären Konzeption der Lehre und des Studiums fördern sollen. Schwerpunkte der Tätigkeit: Neben den klassischen Tätigkeiten und Dienstleistungen der Fächer der Fakultät in der Ausbildung versuchen die Institute, sich verstärkt neuen Berufsbildern auf dem Gebiet kulturwissenschaftlicher Tätigkeiten zu öffnen.
Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Die Studiensituation ist nach Fächern unterschiedlich; Schwierigkeiten gibt es in den Fächern Anglistik, Ethnologie, Geschichte und Psychologie. Hier wirft der doppelte Maturitätsjahrgang 2001 besonders schwere Schatten voraus, die sich auch auf weitere Fächer ausdehnen werden. Die Raumkapazität von Unitobler wie die personellen Ressourcen werden, trotz der zugesagten Mittel, vor allem bei Veranstaltungen des Grundstudiums an die Grenzen des Vertretbaren gelangen.
Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Ein Kooperationsvertrag mit der Universität Fribourg ist für das Institut für Slavistik in Vorbereitung. Für die Professuren für Italienische und für Spanische Sprachwissenschaft wird ebenfalls ein BENEFRI-Abkommen angestrebt. Zwischen dem Institut für Musikwissenschaft und dem Konservatorium für Musik und Theater Bern, der Swiss Jazz School Bern und dem Konservatorium für Musik Biel besteht eine Vereinbarung für die Zusammenarbeit in Lehre, Forschung und öffentlichen Veranstaltungen. Eine gleiche Vereinbarung mit der Musikhochschule Luzern wird demnächst in Kraft treten.
Nachwuchsförderung: Besonders wichtig ist die Frage der Ausbildung eines wissenschaftlichen Nachwuchses, der fähig ist, sich auf dem internationalen Markt zu bewähren. Drei junge Kolleginnen und Kollegen aus der Fakultät sind im vergangenen Jahr ins Ausland berufen worden. Die Nachwuchsförderung der Fakultät schlägt sich in der Zahl der laufenden Habilitationsverfahren nieder; derzeit sind 7 Habilitandinnen und Habilitanden angemeldet.
Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Nach der Berufung von drei Kolleginnen zum 1. September 1999 und einer Assistenzprofessorin zum 1. März 2000 ist zum 1. September 2000 erneut eine Professorin berufen worden. Derzeit sind neun der 48 besetzten Professuren der Fakultät mit ordentlichen Professorinnen besetzt.
Qualitätssicherung: Die Fakultät hat, bevor das definitive Evaluationsreglement im Senat verabschiedet wird, an einzelnen Instituten probeweise Evaluationen durchgeführt. Sie dienen zusätzlich als Test für die neu eingeführten Studienpläne.
Strategische Fakultätsplanung: Dank der definitiven Verabschiedung der Portfolio-Analyse der Fakultät durch die Regierung ist es nicht nur weiterhin möglich, den Studierenden die traditionelle Vielfalt an Studienfächern zu erhalten, sondern auch neue Möglichkeiten zu eröffnen. Die von der Fakultät in diesem Zusammenhang vorgenommenen Massnahmen sahen dabei nicht nur Einsparungen vor, sondern durch Umverteilung der Mittel konnten sogar neue Lehrgänge bzw. Professuren geschaffen werden. Hervorzuheben sind die Errichtung eines dritten Lehrstuhls für Ethnologie und die Schaffung einer Assistenzprofessur für Turkologie, die ein Novum in der Schweiz darstellt. Neu ist ferner die von der Regierung des Kantons Bern errichtete Professur für Bildungssoziologie und Schulforschung. Eine grosszügige Schenkung der Silva-Casa-Stiftung ermöglichte die Errichtung einer vierten Professur für Kunstgeschichte, die als «Justin und Hilda Thannhauser-Stiftungsprofessur für Kunstgeschichte der Gegenwart» demnächst ausgeschrieben wird.
Besondere Massnahmen: Dem Bedürfnis nach Auseinandersetzung mit neuen Medien kommt die Neustrukturierung des Medienlernzentrums der Fakultät (MLZ) entgegen, die zum WS 2000/2001 wirksam wird.
Schlussfolgerungen und Perspektiven: Auf der Grundlage der erfolgreichen Fakultätsreform von 1997 bis 1999 wird eine Überprüfung und Fortschreibung dieses Konzepts für 2004 ins Auge gefasst.

1.2.7 Philosophisch-naturwissenschaftliche Fakultät

Aktuelle Situation: Die Fakultät hat im vergangenen Jahr die Vorgaben des Regierungsratsbeschlusses zur Portfolio-Analyse weit gehend umgesetzt. Im Fachbereich Biologie wurden die Institute völlig neu organisiert. Neu sind jetzt drei Institute vorhanden. Das Institut für Pflanzenwissenschaften entstand durch Zusammenführung der Institute für Geobotanik und für Pflanzenphysiologie. Das Institut für Zellbiologie wurde aus dem Institut für Mikrobiologie und einer Abteilung des alten Zoologischen Institutes gebildet. Das (neue) Zoologische Institut trat eine Abteilung an das Institut für Zellbiologie ab, erhielt aber aus Mitteln der Fakultät eine neue Abteilung. Die drei Institute wurden schliesslich zu einem Departement für Biologie zusammengefasst, dessen Aufgaben vor allem in der Lehre liegen. Das Mathematische Institut und das Institut für mathematische Statistik und Versicherungslehre werden auf den 1. September 2000 in einem Departement für Mathematik und Statistik zusammengefasst, dessen Hauptaufgabe auch in der Lehre liegt. In die Wege geleitet wurde schliesslich auch die Zusammenlegung des Geologischen und des Mineralogisch-petrografischen Institutes zum Institut für Geologie, welches weiterhin dem BENEFRI-Departement für Erdwissenschaften angehört.
Schwerpunkte der Tätigkeit: Nachdem das fakultäre Reglement über die Studien und Prüfungen auf den 1. September 1999 in Kraft trat, galt es, die Studienpläne der Fächer neu zu gestalten. Die Arbeiten hierzu sind abgeschlossen. Neu soll die Möglichkeit des Diplomstudiums in Biochemie angeboten werden. Eine grundsätzliche Veränderung erfährt das Diplomstudium in mathematischer Statistik und Versicherungslehre. Diese Fachrichtung ist künftig in das Diplomstudium Mathematik eingebettet (mit Statistik als Diplomrichtung). Sämtliche Studienpläne normieren ihr Studienangebot nach ECTS und sehen Fristen und Studiendauerbegrenzungen vor. In der Forschung beteiligten sich die verschiedenen Institute rege an internationalen Projekten und Kongressen. Eine Auflistung dieser Aktivitäten würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.
Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Nach wie vor überlaufen sind die Fächer Biologie und Geografie. Mit dem neuen Studienplan Biochemie erhofft sich die Fakultät eine gewisse Umlenkung der Studierendenströme.
Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Die Zusammenarbeit im BENEFRI-Verbund wurde weiter intensiviert. In den Erdwissenschaften konnten die ersten Studierenden mit dem gemeinsamen Diplom der drei Partneruniversitäten abschliessen. Angelaufen sind die Arbeiten zur Realisierung eines interfakultären Departementes für Zellbiologie, an welcher neben der Phil.-nat. Fakultät auch die Medizinische und die Veterinär-medizinische Fakultät beteiligt sind.
Nachwuchsförderung: Im vergangenen Jahr wurde an zwölf Nachwuchsleute (davon zwei Frauen) die Venia docendi verliehen.
Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Der Anteil der Frauen bei den Diplomabschlüssen ist von 30 Prozent im Vorjahr auf knapp 27 Prozent zurückgegangen, während bei den Doktorabschlüssen der Frauenanteil von 17 Prozent auf 26,5 Prozent stieg. Schliesslich konnte im vergangenen Jahr eine Frau berufen werden, sodass sich der Frauenanteil auf knapp 7 Prozent erhöhte. In der Berichtsperiode wurde ein Besuchstag für Gymna-

siastinnen organisiert, bei welchem Fächer mit traditionell kleinem Frauenanteil (wie etwa Mathematik, Informatik, Chemie und Physik) besonders vorgestellt wurden.
Strategische Fakultätsplanung: Nachdem die Fachbereiche Mathematik, Biologie und Geowissenschaften weit gehend restrukturiert sind, muss als Letzter noch der Fachbereich Physik näher ausgeleuchtet werden. Die Arbeiten hierzu sind im Gange.

1.2.8 Konferenz der gesamtuniversitären Einheiten

Die «Konferenz der gesamtuniversitären Einheiten» (KGE) besteht seit 1998. Ihr gehören derzeit sechs Organisationseinheiten an, die nicht einer Fakultät angegliedert sind. Diese Institutionen tragen auf gesamtuniversitärer Ebene zur Erfüllung spezifischer Kernaufgaben bei: Zur Förderung fächerübergreifender Forschung und Lehre in der Erstausbildung und der Weiterbildung und zur Reflexion der Voraussetzungen und Wirkungen wissenschaftlicher Tätigkeit.
Als Resultat der Aufgabenüberprüfung sind mit Regierungsratsbeschluss vom Januar 2000 die Akademische Kommission und das Collegium generale per Ende des Wintersemesters 1999/2000 aus der KGE ausgeschieden. Die Aufgaben und Kompetenzen der KGE, ihre interne Organisation und die Einbettung in die Universität wurden bestätigt. Im Berichtsjahr konzentrierten sich die Aktivitäten der KGE insbesondere auf die Klärung und Konkretisierung der Ziele und Vorgaben, die durch die Regierung für die Einheiten der KGE formuliert wurden. Die KGE hat im Einvernehmen mit der Universitätsleitung festgehalten, dass die Zuständigkeit für die Leistungsaufträge der Einheiten der KGE bei deren Kommissionen liegt. Zentraler Punkt für die KGE ist, dass sie ihren Spielraum für Entwicklungen in der Lehre behält: Insbesondere muss im Sinne der Zukunftssicherung für das Institut für Sport und Sportwissenschaft die Option für ein Hauptfach Sportwissenschaft explizit vorgesehen werden.

1.2.9 Konferenz der Lehrerinnen- und Lehrerbildung (KL)

Aktuelle Situation: Die Umsetzung der neuen Lehrerinnen- und Lehrerbildung LLB im Kanton Bern ist in vollem Gang. Einschneidende Strukturänderungen stehen bevor, welche v.a. auch das Personal der Institute der KL betreffen. Das Centre de formation du brevet secondaire BES wird aufgehoben; der letzte Jahrgang von Studierenden hat im Herbst 1999 mit der Ausbildung begonnen. Die jetzigen Ausbildungen der Abteilung für das Höhere Lehramt AHL und des Sekundarlehramtes SLA werden in den nächsten Jahren ebenfalls auslaufen. Die neuen Ausbildungen werden vom «Institut für die Lehrerinnen- und Lehrerbildung der Sekundarstufe I IS1» und vom «Institut für die Lehrerinnen- und Lehrerbildung der Sekundarstufe II IS2» übernommen.
Schwerpunkte der Tätigkeit: Die Revision der Studienpläne der Phil.-hist. Fakultät erfordert Anpassungen in der Lehre und eine neue Klärung der Schnittstellen zwischen fachwissenschaftlicher und Lehrerausbildung. Die Institute der KL führen zudem verschiedene Forschungs- und Entwicklungsprojekte durch. Im Dienstleistungsbereich sei die Planung und Durchführung von mehr als 20 Weiterbildungsveranstaltungen an Gymnasien und an weiteren Bildungsinstitutionen erwähnt.
Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Alle Institute sind mit grossen Studierendenzahlen konfrontiert, welche Umlagerungen in den Personalmitteln sowie ausserordentliche Massnahmen bezüglich Veranstaltungsorganisation erfordern.
Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Nationale und internationale Austausche von Dozierenden und Studierenden, gemeinsames Lehrangebot in Fachdidaktik mit der Universität Freiburg (BENEFRI-Abkommen). Interfakultäre Forschungsprojekte u.a. in Pädagogik und Didaktik.
Nachwuchsförderung: Die beiden Stellen aus dem Bundesprogramm für Nachwuchsförderung wurden um ein Jahr verlängert.
Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Die KL verfolgt konsequent das Ziel, den Frauenanteil weiter zu erhöhen. In den Lehrveranstaltungen werden geschlechterspezifische Themen behandelt.
Qualitätssicherung: Die Lehrveranstaltungen und Dienstleistungen werden institutsweise evaluiert. Die Ergebnisse fliessen ein in kurz- und mittelfristige Anpassungen der Angebote sowie in die Planung im Rahmen der Reform der LLB.
Strategische Planung: Im Zuge der neuen LLB entsteht auch eine neue «Kantonale Konferenz der Lehrerinnen- und Lehrerbildung». Die «alte» KL nimmt jedoch ihre Aufgaben im Rahmen der Universität so lange wahr, bis die übergeordneten Instanzen Änderungen festlegen.
Besondere Massnahmen: Im Kontext der Neuordnung der LLB: Das BES arbeitet in Zusammenarbeit mit der Universitätsleitung Lösungen für Dozierende aus, deren Lehrauftrag aufgehoben wird. AHL und SLA regeln die Überführung der Institutsangehörigen in die Nachfolge-Institute IS1 und IS2.
Schlussfolgerungen und Perspektive: Der KL geht es in der nächsten Zeit darum, in der Neugestaltung der LLB die Interessen der KL-Kerninstitute zu vertreten.

1.3 Spezialbereiche

Planung: Im Berichtsjahr befasste sich die Planungskommission mit der Studierendenplanung 2001/2002, den Nationalen Forschungsschwerpunkten NFS, den Förderungsprofessuren des Nationalfonds sowie mit der Jahresplanung 2000. Eine besondere Herausforderung ergibt sich für die Universität ab 2001 durch den doppelten Maturajahrgang im Kanton Bern. Für das Jahr 2001 wird mit zusätzlich 800, für 2002 nochmals mit weiteren 400 Studienanfängern gerechnet. Gestützt auf eine detaillierte Planungsgrundlage hat der Regierungsrat Ende 1999 einen zusätzlichen Rahmenkredit von 50 Mio. Franken für die Jahre 2001 bis 2006 zur Sicherstellung der universitären Ausbildungsqualität gesprochen. Eine konkrete Massnahmenplanung ist in Zusammenarbeit mit den Fakultäten und Fachbereichen im Gange.
Finanzen: Der Ausgabenüberschuss sank im Berichtsjahr um 4,1 Mio. Franken von 272 Mio. Franken im Vorjahr auf 267,9 Mio. Franken. Der Gesamtaufwand stieg um insgesamt 1,9 Mio. Franken, hauptsächlich infolge Mehrkosten für IUV-Beiträge an andere Universitäten. Diese in der Planung vorgesehene Beitragserhöhung bescherte der Universität auf der Einnahmenseite einen Mehrertrag von 5,4 Mio. Franken, welcher zusammen mit Mehreinnahmen aus Dienstleistungen und Verkäufen (+ CHF 1,4 Mio.) einen Mindererertrag von 0,8 Mio. Franken bei den Grundbeiträgen des Bundes wettmachen konnte. Die Universität konnte somit im Jahr 2000 einen wesentlichen Beitrag an die Sparmassnahmen des Kantons leisten.
Personal: Unter Anwendung neuer Technologien ist das bisher auf Papier vorhandene und stetig erneuerte Personalhandbuch seit Mitte 1999 auf dem Intranet verfügbar. Auf den 1. Januar 2000 wurde die Anstellung der rund 100 bisher an der Universität angestellten und an den Inselkliniken tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an das Inselspital übergeführt und der Stellenetat entsprechend bereinigt. Fortan sind nur die an Kliniken tätigen ordentlichen und ausserordentlichen Professorinnen und Professoren direkt bei der Universität angestellt. Damit wurde der im Universitätsgesetz vom 5. September 1996, Artikel 54 Absatz 3 festgelegte Grundsatz umgesetzt, wonach Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universitätskliniken grundsätzlich durch das Inselspital anzustellen sind.
Evaluation: Die Hauptarbeit während des Berichtsjahres bestand in der Erarbeitung eines gesamtuniversitären Evaluationsreglements, wie es im Universitätsstatut Artikel 21 vorgesehen ist. Es steckt den

allgemeinen Rahmen der Evaluationstätigkeiten an der Universität Bern ab und definiert die Aufgaben und Kompetenzen der verschiedenen an Evaluationen beteiligten universitären Gremien. Im Bereich Berichterstattung wurde am Prototyp einer elektronischen Forschungsdatenbank gearbeitet.

Bibliothekswesen: Die Erfahrungen mit der neuen Bibliothekssoftware können als positiv beurteilt werden. Im Berichtsjahr haben sich weitere fünf Institutsbibliotheken der Universität Bern dem Informationsverbund Deutschschweiz angeschlossen; die Zahl der Berner Teilnehmer ist damit auf 46 gestiegen. In der zweiten Jahreshälfte 1999 konnten drei Bibliotheken der Universität in neue bzw. in sanierte Räume einziehen. Die Schweizerische Hochschulkonferenz hat Bundesmittel für das Kooperationsprojekt der Schweizer Hochschulen auf dem Gebiet der Lizenzierung elektronischer Informationsressourcen bewilligt. Dieser erfreuliche Entscheid ermöglicht eine für die Schweizer Hochschulbibliotheken neue Form der Zusammenarbeit und der gemeinschaftlichen Finanzierung.

Bau und Raum: Die Aktivitäten im Bau- und Planungsbereich der Universität sind unverändert hoch. Folgende Objekte sind im Bau: (a) Medizinische Mikrobiologie: Gesamtsanierung des Institutes; (b) Zoologisches Institut: Neubau des Institutsgebäudes; (c) Hauptgebäude: Umbau der Hörraumgeschosse; (d) Zahnmedizin: Modernisierung des grossen Hörsaals 70; (e) Tierspital: Neues Studienzentrum. Das herausragende Ereignis für die zukünftige räumliche Entwicklung der Universität war der Kauf des Von-Roll-Areals durch den Grossen Rat im Juni 2000. Die Abteilung Bau und Raum beschäftigt sich zudem mit den Raumproblemen, die durch den doppelten Maturitätsjahrgang im Jahr 2001 ausgelöst werden.

Nachwuchsförderung: Die wichtigste Aktivität der Kommission für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses bestand in der Begleitung des Förderungsprogrammes des Bundes. Im Verlaufe des Berichtsjahres wurden an unserer Universität insgesamt 27 Personen, davon 13 Frauen, über das Bundesprogramm unterstützt. Mit Blick auf den dritten Programmteil wurden alle Stellen und Personen evaluiert und die Stellenplanung bis 2003 fortgeschrieben. Gemäss Universitätsstatut sieht die Universität besondere Förderungsmassnahmen für den wissenschaftlichen Nachwuchs vor. Die Kommission für Nachwuchsförderung hat nun eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die bis Herbst 2000 den Handlungsbedarf in diesem Bereich (Stichworte: arbeitsrechtliche Aspekte, Karriereplanung, Doktoratsstudium, Frage der Habilitation, Tenure Track usw.) abklären und Massnahmen im Sinne von Minimalstandards vorschlagen soll.

Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Neben den Routinearbeiten prägten im Berichtsjahr die folgenden Schwerpunkte die Aktivitäten der Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Als Mitglied der vom Schweizerischen Nationalfonds initiierten Arbeitsgruppe «grips gender» wirkt die Abteilungsvorsteherin an der Entwicklung von Massnahmen zur Verbesserung der Situation von weiblichen Nachwuchskräften in der Forschung mit. Unter dem Titel «Warum nicht Mathematikerin, Informatikerin, Physikerin oder Chemikerin?» organisiert die Abteilung in Zusammenarbeit mit einer Arbeitsgruppe von Professorinnen und Professoren einen Schnuppertag für Mittelschülerinnen in Fachbereichen, in denen Frauen heute noch massiv untervertreten sind. Im Rahmen des Bundesprogrammes «Chancengleichheit» erarbeitet und koordiniert die Abteilung Projekte zu den Modulen «Mentoring» und «Kinderbetreuung». Auf Anregung der Abteilung wurde durch eine Gruppe engagierter Professorinnen das «Interdisziplinäre Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung der Universität Bern» gegründet. Gemäss Beschluss der Universitätsleitung wird das Zentrum durch Gelder aus dem Bundesprogramm «Chancengleichheit» finanziert und kann im kommenden Wintersemester seine Tätigkeit aufnehmen.

Rekurskommission: Die Rekurskommission hatte sich im Berichtsjahr mit insgesamt 28 Beschwerden zu befassen. Die Zahl ist gegenüber dem letzten Jahr leicht rückläufig (1998/99 waren es 31). Der grösste Teil der Beschwerden richtete sich gegen die Phil.-hist. Fakultät (9) und gegen die RWW-Fakultät (9). Im Vergleich zum letzten Jahr erledigten sich allerdings weniger Verfahren bereits während der Instruktionsphase, die vom Präsidenten allein durchgeführt wird. Die Kommission hatte im Berichtsjahr in 12 Verfahren einen Entscheid zu fällen (1998/1999 waren es 8 Entscheide). Dabei konnte auf zwei Beschwerden nicht eingetreten werden, sechs Beschwerden wurden abgewiesen und vier gutgeheissen. Von den sieben bisher weitergezogenen Entscheide der Rekurskommission ist die Erziehungsdirektion auf zwei Beschwerden nicht eingetreten, drei wurden abgewiesen und zwei sind noch hängig. Der einzige an das Verwaltungsgericht weitergezogene Entscheid wurde ebenfalls abgewiesen. Seit rund einem halben Jahr verfügt die Rekurskommission über eine eigene Homepage (www.rekom.unibe.ch).

1.4 Die vertretungsberechtigten Gruppierungen

1.4.1 Verband der Dozentinnen und Dozenten (VDD)
1.4.2 Verband der Assistentinnen und Assistenten (VAA)

In der Berichtsperiode hat sich die Mittelbauvereinigung der Universität Bern (MVUB) vor allem mit den Themen Mitbestimmung und Nachwuchsförderung befasst. Da diese Themen den Verband der Dozentinnen und Dozenten (VDD) wie den Verband der Assistentinnen und Assistenten (VAA) betreffen, wird hier ein gemeinsamer Bericht vorgelegt.

Während die Mitbestimmung auf der gesamtuniversitären Ebene sehr zufrieden stellend funktioniert, ist sie in den Departementen und Instituten teilweise noch wenig verankert. Kontakte mit den Mittelbauvertreterinnen und -vertreter in den Fakultätskollegien haben ergeben, dass die Realisierung der Mitbestimmung auf Institutsebene ein zentrales Anliegen darstellt. Mit der Universitätsleitung hat der MVUB-Vorstand das Thema diskutiert, und es war eine weit gehende Übereinstimmung der Auffassungen erkennbar. Die Universitätsleitung hat zugesagt, in Zusammenarbeit mit dem MVUB-Vorstand Richtlinien für die Abfassung von Departements- und Institutsreglementen zu erarbeiten, die eine Sicherstellung der Mitbestimmungsrechte für Dozierende und Assistierende auch auf diesen Ebenen herbeiführen sollen. Mit dem Auslaufen der Nachwuchsförderungsstellen des Bundes verliert die Nachwuchsförderungskommission ihre ursprüngliche Aufgabe. In Zukunft wird sie sich allgemein mit der Situation des Nachwuchses befassen. Die Universitätsleitung hat als Folge eines Gesprächs mit dem MVUB-Vorstand eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche den Handlungsbedarf im Bereich Nachwuchsförderung abklären und Massnahmen vorschlagen soll. Als wichtiger Gesichtspunkt ergab sich bereits zu Beginn der Arbeiten die Frage nach den Qualifikationsfeldern für den Nachwuchs. Neben der Qualifikation für die akademische Forschung sollten Qualifikationen in Wissenschaftsmanagement, Lehre, Weiterbildung und Management eines universitären Betriebs ebenfalls in die Nachwuchsförderungspolitik einbezogen werden. Nach wie vor ungelöst sind aus Sicht des Mittelbaus verschiedene Probleme in der Medizinischen Fakultät. Während auf Fakultätsebene die Mitwirkung der Medizinerinnen und Mediziner auf allen Stufen klar geregelt ist und ihre Vertretung in den Gremien der Fakultät nicht in Frage steht, sieht die Lage für die sog. Nichtmedizinerinnen und Nichtmediziner (meist Naturwissenschafterinnen oder Naturwissenschafter mit einem PhD) nach wie vor prekär aus.

1.4.3 Vereinigung der Studierenden der Universität Bern (SUB)

Die Vereinigung der Studierenden der Universität Bern SUB hat sich im vergangenen akademischen Jahr vertieft mit folgenden Themen

auseinander gesetzt: Studienzeitverlängerung, Zulassungsbeschränkungsgesetz ZBG und Studiengebühren. Auf kantonaler Ebene ist die SUB zusammen mit dem Verband der Studierendenschaft der Berner Fachhochschule VSBFH in zwei Bereichen tätig geworden und wird es auch weiterhin sein. In Zusammenhang mit der Gesetzesvorlage zur Harmonisierung der Studiengebühren auf der Tertiärstufe hat die SUB mit dem VSBFH eine Petition lanciert. Wie schon in vergangenen Jahren hat sich die SUB mit dem Dauerbrenner ZBG befasst. Mit der Unterstützung des NeiNC-Komitees, eines Komitees zur Aufrechterhaltung einer allen zugänglichen Bildung, und mit der Sensibilisierung der Mittelschülerinnen und Mittelschüler für die Problematik hat die SUB ihre Bestrebungen gegen das geplante Zulassungsbeschränkungsgesetz ausgerichtet. Auf universitärer Ebene hat sich die SUB um die Schaffung von Richtlinien zur Handhabung von studienzeitverlängernden Gründen bemüht. Die SUB führte ihr auf die studentischen Bedürfnisse ausgerichtetes Dienstleistungsangebot weiter. Und schliesslich veranstaltete sie nebst dem in ganz Bern beliebten Unifest wieder Infoanlässe für Erstsemestrige und Mittelschülerinnen und Mittelschüler.

Bern, 30. Januar 2001

Im Namen des Senats
Der Rektor: Schäublin